

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 7), des Schulausschusses (Nr. 6) und des Sportausschusses (Nr. 6)

Sitzungstermin: Donnerstag, 24.08.2017
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:10 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Kruse, Doris

Jugendhilfeausschuss

SPD-Fraktion
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede

GfE-Fraktion
Voß, Silke

CDU-Fraktion
Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Claaßen, Jens (bis 18:51 Uhr)

FDP-Fraktion
Hoofdmann, Erwin für Friedrich Busch

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Raveling, Wilhelm

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Engelberts, Birte
Fritzsche, Karola
Gemler, Hella
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian

Beratende Mitglieder
Fielers, Stephan
Mühlen, Carolin für Stephanie Schäfer
Wilts, Elfriede (bis 18:56 Uhr)

Schulausschuss

SPD-Fraktion
Götze, Horst

GfE-Fraktion
Hencke, Knut (bis 18:00 Uhr)

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 7), des Schulausschusses (Nr. 6) und des Sportausschusses (Nr. 6)

CDU-Fraktion

Buisker, Herbert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Böckmann, Jürgen (bis 19:00 Uhr)

FDP-Fraktion

Busch, Friedrich

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Frerichs, Uwe

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Doden, Johann (bis 18:42 Uhr)

Engelberts, Michael

Lechner, Katja

Passe, Heino

Stüber, Gudrun

Sportausschuss

SPD-Fraktion

Arends, Matthias (bis 18:13 Uhr)

Winter, Maria

GfE-Fraktion

Janssen, Bernd

Kruse, Detlef

CDU-Fraktion

Kronshagen, Heinrich

Risius, Andrea

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd (bis 18:51 Uhr)

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich

Beratende Mitglieder

Janßen, Helga

Wehmhörner, Hans-Jürgen (bis 17:39 Uhr)

Wiechmann, Wilhelm

Verwaltungsvorstand

Bornemann, Bernd (bis 17:56 Uhr)

Jahnke, Horst

von der Verwaltung

Sprengelmeyer, Thomas

Reibe, Ulf

Frein, Markus

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 7), des Schulausschusses (Nr. 6) und des Sportausschusses (Nr. 6)

Jaspers, Thomas
Lücht, Richard
Ubben, Wolfgang
Baumann, Albert
Buß, Thomas
Lier, Robert

(ab 18:12 Uhr)

Protokollführung

Lenzion, Daje

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bolinius stellt fest, die FDP-Fraktion habe am 09.08.2017 ordnungsgemäß einen Antrag bezüglich des Hybridrasens bei dem Verein FT 03 Emden für die nächste Sitzung des Sportausschusses gestellt. Der Verein hätte in der heutigen Sitzung berichten können. Er sei davon ausgegangen, dass der Antrag somit auf die heutige Tagesordnung gesetzt werde. In einem Schreiben vom 21.08.2017 habe Herr Buß mitgeteilt, dass dieser Antrag wunschgemäß auf die nächste Sitzung des Sportausschusses am 23.11.2017 gesetzt werde. Er weist darauf hin, dass im Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt neben dem Budget ebenfalls weitere Themen diskutiert worden seien.

Herr Sprengelmeyer teilt mit, die Sitzung im November sei für diese Thematik zu spät, da FT 03 Emden den Antrag beim Landessportbund bis zum 01.10.2017 stellen müsse. Ebenso gebe es weitere wichtige Themen, die der Sportausschuss in nächster Zeit behandeln müsse. In einer gemeinsamen Sitzung könnten keine Beschlüsse gefasst werden. Aus diesem Grund werde im September eine zusätzliche Sitzung des Sportausschusses zu den Themen Hybridrasen, Freibad Borssum und eventuell Skateanlage einberufen werden. Der Verwaltung lägen bisher keine Unterlagen von FT 03 Emden vor. In einem heutigen Telefonat habe der Vorsitzende jedoch eine zeitnahe Übersendung zugesichert.

Herr Bornemann bestätigt, dass in gemeinsamen Sitzungen keine Einzelbeschlüsse gefasst werden können. Es sei keine anschließende zusätzliche Sitzung des Sportausschusses angesetzt gewesen, sodass eine Neutermineierung hätte erfolgen müssen. Der Antrag werde selbstverständlich in der nächsten Sitzung des Sportausschusses behandelt. Ebenso sei es nicht absehbar, ob nach den Budgetvorstellungen des Fachbereiches ausreichend Zeit für einen weiteren Sportausschuss wäre.

Frau Kruse bittet darum, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 2.1 „Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG“ zu erweitern.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 7), des Schulausschusses (Nr. 6) und des Sportausschusses (Nr. 6)

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2.1 Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Frau Kruse nimmt die Verpflichtung des beratenden Mitglieds Carolin Mühlen gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 4 Vorstellung des Budgets 2018 des Fachbereiches 600 gemäß des Eckwertebeschlusses 2018
Vorlage: 17/0371/5

Herr Sprengelmeyer stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Ziele und Ausrichtungen sowie die Budgetentwicklung im Fachbereich vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Bolinius bittet um Auskunft, wie viel der insgesamt 43 Mio. € freiwillige Aufwendungen seien.

Herr Sprengelmeyer gibt an, die meisten Mittel seien fixe Kosten. Die Fachdienstleister würden während ihrer Vorträge auf die jeweiligen freiwilligen Leistungen näher eingehen.

Herr Janssen möchte wissen, weshalb der Ansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um ca. 700.000,00 € gestiegen sei. In anderen Fachbereichen seien diese Aufwendungen gesenkt worden.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, dies werde ebenso bei den Budgets der einzelnen Fachdienste verdeutlicht. Es seien jedoch keine Projektsteigerungen sondern beispielsweise Mietsteigerungen.

Herr Renken weist darauf hin, dass die Fraktionen die Zuschussliste 2018 gemeinsam mit dem Eckwertebeschluss erhalten haben. Es seien 6 Mio. € pflichtige Leistungen und ca. 900.000,00 € freiwillige Zuschüsse aufgeführt worden. Seines Erachtens gebe es bei den pflichtigen Leistungen ebenfalls Möglichkeiten für Veränderungen. Als Beispiel nennt er das Thema Kitagebühren.

Herr Sprengelmeyer bedankt sich für den Hinweis. Anschließend stellt er anhand der Power-Point-Präsentation das Budget 2018 der Fachbereichsleitung 600 vor.

Herr Buß stellt anhand der Power-Point-Präsentation das Budget 2018 des Fachdienstes Schule und Sport vor. Die Fachdienstleiter gehen in ihren Vorträgen aufgrund der Frage von Herrn Bolinius insbesondere auf die freiwilligen Leistungen ein.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 7), des Schulausschusses (Nr. 6) und des Sportausschusses (Nr. 6)

Herr Buisker stellt fest, das Thema Abschreibungen sei in einer Sitzung des Schulausschusses bereits thematisiert worden. Im privaten Bereich hätten Abschreibungen überwiegend steuerliche Gründe. Er bittet daher um nähere Erläuterungen bezüglich des Verfahrens bei Abschreibungen.

Herr Jahnke erläutert, aufgrund der Rechnungswesenvorschriften gäbe es diesbezüglich klare Rechtsvorschriften. Es werde nach dem Neuen Kommunalen Rechnungswesen bilanziert. Bei Anschaffungen wie beispielsweise die Ausstattung an Schulen sei eine betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer festgelegt. Über diese Nutzungsdauer würden die Anschaffungen entsprechend abgeschrieben. Hintergrund dieser Rechnungswesenvorschriften sei die Darstellung eines Werteverzehrs. Das Anlagegut stehe als Vermögensgegenstand auf der Aktivseite der Bilanz. Dieser Vermögensgegenstand verschlechtere sich natürlich im Laufe der Jahre, sodass nach einer gewissen Zeit eine Ersatzbeschaffung getätigt werden müsse. Aus diesem Grund werde eine Nutzungsdauer festgelegt. Die Abschreibungen hätten nicht nur steuerliche Zusammenhänge.

Herr Renken ist der Ansicht, dass die Streichung des Investitionsbudgets um 80 % von Jahr zu Jahr ein größeres Problem werde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe darauf frühzeitig hingewiesen. Die Verwaltung habe damals geäußert, dass noch erhebliche Restmittel aus den Vorjahren zur Verfügung stehen würden. Aus diesem Grund möchte er wissen, in welchem Umfang die Restmittel aufgebraucht seien. Die Summen im Investitionsprogramm für die Berufsbildenden Schulen seien nicht auskömmlich.

Herr Buß schildert, dass die Haushaltsreste zurzeit noch ausreichen, um die geplanten Maßnahmen durchzuführen. Im Rahmen der berufsbildenden Schulen könnten die Naturwissenschaften und die Hauswirtschaft finanziert werden. Bei außergewöhnlichen Schäden müsste jedoch eine außerplanmäßige Ausgabe erfolgen. Die Verwaltung stehe im ständigen Austausch mit den Schulen, sodass täglich neue Bedarfe gemeldet werden. Derzeit würden noch ca. 120.000,00 € für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zur Verfügung stehen.

Herr Lücht stellt anhand der Power-Point-Präsentation das Budget 2018 des Fachdienstes Jugendhilfe vor.

Herr Bolinius stellt fest, die FDP-Fraktion habe vor mehreren Jahren den Antrag bezüglich des Unterhaltsvorschusses gestellt. In Aurich liege die Rückholquote bei 40 %. Er begrüßt, dass mittlerweile neue MitarbeiterInnen eingestellt worden seien. Er hofft dadurch auf einen Erfolg.

Herr Bornemann bemerkt, die Thematik sei ausführlich im Ausschuss beraten worden. Es seien zwei junge MitarbeiterInnen eingestellt worden. Die Auswirkungen und Erfolge seien noch nicht absehbar.

Herr Frein stellt anhand der Power-Point-Präsentation das Budget 2018 des Fachdienstes Sozialer Dienst vor.

Frau Meinen bedankt sich für die Ausführungen. Sie fragt, ob sich die Beträge bezüglich der Kostenerstattung an fremde Jugendämter ausgleichen. Die Stadt Emden habe sicherlich ebenso zugezogene Familien in Jugendamtsbetreuung, bei denen die jeweiligen vorherigen Kommunen die Leistung weiter bezahlen müssen.

Herr Frein erklärt, in dem Bereich würden demgegenüber die ordentlichen Erträge stehen. Dort seien die Summen, die von fremden Jugendämtern gezahlt werden, verankert. Die Beträge würden sich ungefähr ausgleichen.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 7), des Schulausschusses (Nr. 6) und des Sportausschusses (Nr. 6)

Herr Bolinius möchte wissen, wie hoch die Kosten im Durchschnitt für die Unterbringung in einer Pflegefamilie sowie in einem Heim seien.

Herr Frein erläutert, dass die Tagessätze im stationären Bereich zwischen 120,00 € und 500,00 € schwanken.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, bei den Pflegefamilien werde in drei Kategorien je nach Qualifikation der Pflegefamilie und den Bedarfen der Kinder unterschieden. Eine Pflegefamilie benötige bei einem Kind mit einem besonderen Bedarf wie beispielsweise einer geistigen Behinderung eine andere Qualifizierung. Diese Thematik könne selbstverständlich in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses näher erläutert werden. Die Sätze würden im Monat zwischen ca. 700,00 € und 1.000,00 € liegen. Bei den stationären Unterbringungen in Heimen und Wohngruppen gebe es ein sehr starkes Gefälle. Die Unterbringungen mit Zusatzleistungen würden sich immer mehr häufen. Zusätzlich zu der Unterbringung in einer Wohngruppe müsse öfter intensiv pädagogisch und traumaspezifisch gearbeitet werden. Immer mehr Kinder erleben häusliche Gewalt und sexuellen Missbrauch. Die Auswirkungen seien sehr unterschiedlich. Einige Kinder würden sich komplett in die Einsamkeit zurückziehen und andere seien sehr aggressiv. Der Betreuungsaufwand sei daher sehr hoch und betrage tatsächlich mehrere 100,00 € pro Tag. In anderen Kommunen bzw. großen Städten müsse sehr viel mehr in diesen Bereich investiert werden. Diese Thematik werde insgesamt von den Jugendämtern beklagt und thematisiert und sei auch Schwerpunktthema bei der Jugendamtsleitertagung in der nächsten Woche. Ebenso sei die Zusammenarbeit und Kooperation mit beispielsweise der Kinder- und Jugendpsychiatrie ausbaufähig. Teilweise würden die Kinder nach einer Überprüfung wieder dem Jugendamt mit dem Ergebnis überstellt, das Kind sei nicht therapierbar. Die Jugendhilfe könne jedoch an der Stelle wenig leisten. Ebenso werde das Argument verwendet, das keine Fremd- und Eigengefährdung vorliege. Die Jugendhilfeträger müssen die öffentliche Sicherheit gewährleisten. Insofern stehe man in dem Spannungsfeld zwischen persönlicher Entwicklung des Kindes und Gefährdungsabwehr des öffentlichen Raums. Bei der Notwendigkeit einer Rundum-Betreuung in einer Jugendhilfeeinrichtung seien die Kosten natürlich enorm. Bei einigen Kindern und Jugendlichen sei es im Grunde keine Aufgabe des Jugendhilfesystems, sondern eher eine medizinisch psychiatrische Aufgabe.

Herr Frein bemerkt, die Verwaltung sei verpflichtet, entsprechend dem Bedarf eine Maßnahme zu finden. Selbstverständlich betrachte der Soziale Dienst auch den finanziellen Unterschied zwischen der Unterbringung in einer Pflegefamilie und in einer stationären Einrichtung. In den letzten Jahren sei verstärkt in dem Bereich Pflegefamilien Personal investiert worden. Es würden mehr Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien untergebracht als in stationären Einrichtungen.

Herr Jaspers stellt anhand der Power-Point-Präsentation das Budget 2018 des Fachdienstes Jugendförderung vor.

Herr Renken bittet um Erläuterung bezüglich des Zuschusses an den Jugendtreff Wybelsum in Höhe von 30.000,00 €. Diese Summe sei im Jahr 2018 neu aufgenommen worden.

Herr Jaspers führt aus, dass der Jugendtreff Wybelsum in den letzten Jahren von Herrn Claus Gosmann mit begleitet worden sei. Herr Gosmann sei als Schulsozialarbeiter an der Schule Wybelsum tätig. Im Rahmen eines Projektes habe er eine Konzeption erstellt, wie dieser Bereich zukünftig weiter durchgeführt werden könnte. Es ging im Wesentlichen um die Machbarkeit, die Schulsozialarbeit direkt an die Schule anzugliedern. Dieses Projekt sei mittlerweile abgeschlossen. Über die Umsetzung des Konzepts müsse noch entschieden werden. Aus diesem Grund sei die Summe im Budget bereits aufgenommen worden.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 7), des Schulausschusses (Nr. 6) und des Sportausschusses (Nr. 6)

Herr Sprengelmeyer ergänzt, über den Jugendtreff Wybelsum sei bis zur endgültigen Umsetzung am Standort der Schule Wybelsum etliche Jahre diskutiert worden. Das Personal sei ursprünglich über die Jugendförderung im Rahmen der offenen Jugendarbeit eingesetzt worden. Vor dem Hintergrund der Synergieeffekte sei die Zusammenführung der Schulsozialarbeit und der offenen Arbeit geprüft worden. Dies sei auch unter dem Aspekt der Inklusion erfolgt, da es an der Oberschule Wybelsum inklusive Anforderungen gebe. In dieser Phase seien tatsächlich die Personalkosten über das Inklusionspaket abgerechnet worden. Die Projektphase sei nun abgeschlossen und werde selbstverständlich im Ausschuss vorgestellt. Im Alltag verdeutliche sich eine Trennung von Schulsozialarbeit und offener Jugendarbeit. Aufgrund dessen sollte diese Thematik wieder in die Jugendförderung hineingenommen werden, sodass eine Verschiebung im Budget erfolgen müsse.

Herr Ubben stellt anhand der Power-Point-Präsentation das Budget 2018 des Fachdienstes Kinder und Familien vor.

Frau Stüber stellt fest, dass relativ viele Eltern bei den Schulen um eine Ganztagsaufnahme bitten, weil ihre fünfjährigen Kinder keinen Kindergartenplatz erhalten. Sie bittet daher um Auskunft, wie viele Plätze zurzeit frei seien.

Herr Ubben entgegnet, die Thematik Kitabedarfsplanung werde in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses behandelt. Bei der Platzvergabe im März seien noch Reserven gewesen. Es sei eine neue Umfrage zu der Anzahl der belegten Plätze erfolgt. Mittlerweile seien seiner Kenntnis nach alle Plätze belegt. Im Kindergartenbereich steige die Nachfrage. Es bestehe daher Handlungsbedarf.

Herr Fielers fragt, was unter „rückläufige Eigenanteile freie Träger“ falle.

Herr Ubben gibt an, mit den Trägern gebe es vertragliche Vereinbarungen über die Defizitabdeckung. Eine Kindertagesstätte werde über die Finanzhilfe des Landes, der Elternbeiträge, der Eigenanteile der freien Träger und der Beiträge der Stadt Emden finanziert. Einige Träger hätten geäußert, dass die Einnahmen sinken und somit nicht mehr der komplette Eigenanteil gezahlt werden könne.

Herr Sprengelmeyer berichtet anhand der Power-Point-Präsentation über die Haushaltsrisiken, die Haushaltschancen sowie die Schwerpunkte 2018.

Herr Jaspers teilt mit, dass das Jugendzentrum Alte Post in das Förderprogramm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ aufgenommen worden sei. In enger Abstimmung mit dem Fachdienst, dem Gebäudemanagement, der Stabsstelle und mit der BauBeCon als Sanierungsträger sei der Antrag fristgerecht erstellt worden. Von dem Programm würden 17 Städte in Niedersachsen profitieren. Es sei insgesamt ein Volumen von 22,5 Mio. €. Die Summe für die Alte Post betrage insgesamt 991.800,00 € für einen Durchführungszeitraum von 2017 bis 2022. Im Rahmen der normalen Unterhaltung könne über den Eigenbetrieb Gebäudemanagement der Eigenanteil von 10 % bereitgestellt werden.

Herr Bolinius erfreut diese Mitteilung ebenfalls. Er bemängelt, dass zunächst die Presse und nicht der Antragsteller informiert worden sei.

Herr Sprengelmeyer bestätigt, dass die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung hervorragend gewesen sei. In diesem Zusammenhang spricht er dem Gebäudemanagement seinen Dank aus. Das Gebäudemanagement stelle über mehrere Jahre aus dem laufenden Haushalt den Eigenteil von 10 % bereit, sodass keine Mehrbelastung entstehe.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 7), des Schulausschusses (Nr. 6) und des Sportausschusses (Nr. 6)

Auf Nachfrage von **Herrn Wiechmann** gibt **Herr Sprengelmeyer** an, dass das Freibad Borssum im nächsten Jahr geöffnet werden soll. Es sei noch eine Anregung aus dem Teilnehmerkreis des Runden Tisches erfolgt, die nochmal überprüft werden musste. Das Konzept der Sanierung solle umfänglich erstellt werden. Ziel sei in jedem Fall eine Öffnung im nächsten Jahr. Der 01.05.2018 könne nicht zugesichert werden.

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass der Fachbereich selbstverständlich bereit sei, in den Fraktionen Einzelheiten zum Budget zu erläutern bzw. weitere Fragen zu beantworten.

Frau Kruse bedankt sich bei allen Vortragenden für die Ausführungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 5 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Nachruf Reinhard Schüler

Herr Sprengelmeyer nimmt Stellung zu dem Tode von Herrn Reinhard Schüler, der Mitarbeiter der Jugendförderung in der Gemeinwesenarbeit in Port Arthur/Transvaal war.

2. Sachstandsbericht „Sanierung der Schulen während der Sommerferien“

Frau Kruse lässt darüber abstimmen, ob ein Sachstandsbericht über die Sanierung der Schulen während der Sommerferien erfolgen soll.

Alle Ausschussmitglieder sind damit einverstanden

Herr Baumann berichtet, dass in den Sommerferien Maßnahmen in den verschiedenen Schulgebäuden sowie in Kindergärten durchgeführt worden seien. Einige Baustellen seien schon vor den Sommerferien begonnen worden. In der Grundschule am Wall seien die Duschen in der Turnhalle erneuert worden. Ein Teil der Damentoiletten sei saniert sowie in der Turnhalle ein behindertengerechtes WC eingebaut worden. Der zweite Bauabschnitt der sanitären Anlagen in der Herrenumkleide folge unmittelbar während des Betriebes. In der Oberschule Herrentor seien ebenfalls die Dusch- und Toilettenräume saniert worden. Eine Klempnerfirma habe bedauerlicherweise recht spät mit den Arbeiten begonnen. Mittlerweile sei ein Teil der Maßnahmen abgeschlossen. Der zweite Abschnitt erfolge in den Herbstferien. Derzeit werde die Mensa für die Oberschule Herrentor erstellt. Die alte Sohlplatte des hölzernen Teils der ehemaligen Grundschule Herrentor sei hergerichtet und entsprechend angepasst worden. Es müsse somit nicht zusätzlich gerammt werden. Derzeit seien diesbezüglich diverse Gewerke in der Ausschreibung. In den nächsten Wochen könne mit dem Erstellen der Mensa in Holzrahmenbauweise begonnen werden. Am JAG seien die Vorbereitungen für den Einbau der Lehrküche soweit abgeschlossen. Die Firma wolle die Küche am 04.09.2017 liefern. Nach der Endinstallation und der Abnahme durch die Bauaufsicht könne die Küche freigegeben werden. Für die Herrichtung des Raumes musste das Büro des Hausmeisters und ein Technikraum umgelegt werden. Die Sanierung der Mädchentoiletten am JAG werde bereits vor den Herbstferien beginnen. Dies sei mit der Schulleitung abgestimmt. Die Mensa an der Grundschule Grüner Weg könne im vierten Quartal in Betrieb genommen werden. In der Grundschule sei eine neue Heizungsanlage eingebaut sowie ein Inklusionsraum eingerichtet worden, weil ab dem nächsten Schuljahr ein hörgeschädigtes Kind unterrichtet werde. Die vom Förderverein gespendete Schaukel sei ebenso aufgestellt worden. Das Aufstellen habe das Gebäudemanagement übernommen. In den beiden Berufsschulen erfolgen im Rahmen des Projektes Industrie 4.0 die Umbauarbeiten der drei Räume Mechatroniker, Robotik (BBS I Emden) und ein PC-Raum

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 7), des Schulausschusses (Nr. 6) und des Sportausschusses (Nr. 6)

(BBS II Emden). Die Fertigstellung der Arbeiten erfolge voraussichtlich in den Herbstferien. Zudem seien an der BBS II Emden im Bereich der Schweißer und im ehemaligen Sanitärbereich die Flachdächer erneuert worden.

Im Kindergarten in der Klein-von-Diebold-Str. seien ca. 70 m² Waschbetonplatten entsorgt worden. Es habe immer wieder extreme Probleme gegeben, da der Waschbeton sehr raue Oberflächen aufweise und es somit erhebliche Verletzungen bei den Kindern gab. Daher seien Fallschutzgummipplatten verlegt worden. Im Kindergarten Petkum sei eine neue Schaukel mit Fallschutzgummimatten aufgestellt worden. Der Kletterturm mit der Rutsche habe eine neue Umrandung erhalten, weitere Spielgeräte seien repariert und Pflasterarbeiten durchgeführt worden. In Conrebbersweg sei ebenfalls eine neue Schaukel mit Fallschutzgummimatten aufgestellt worden.

TOP 6 Anfragen

1. Nutzung der Räumlichkeiten des ehemaligen Kulturbüros (Große Straße)

Herr Götze bittet um nähere Auskunft, weshalb die Räumlichkeiten des ehemaligen Kulturbüros in der Großen Straße von Herrn Onno Santjer sowie von Frau Schengül Obes genutzt werden. Der Rat sei darüber nicht informiert worden.

Herr Sprengelmeyer teilt mit, das Verwaltungsgebäude III habe zu wenige Büroräume. Es werde mittlerweile mehr Büroraumplatz benötigt. Die neuen MitarbeiterInnen der Unterhaltsvorschusskasse brauchten dringend Büroräume, um ihre Tätigkeit beginnen zu können. Es habe sich die Möglichkeit ergeben, im ehemaligen Kulturbüro zwei Fachstellen unterzubringen. Die akuteste Raumnot konnte durch die Verlängerung des Mietvertrags über das Gebäudemanagement gedeckt werden. Dies sei jedoch zunächst einmal eine Übergangsmöglichkeit.

2. Fahrbahnmarkierungen auf den Schulhöfen

Frau Lechner stellt fest, dass die Fahrbahnmarkierungen auf vielen Schulhöfen nicht mehr erkenntlich seien. Die Schulen müssten ihres Wissens einen Auftrag an den Bau- und Entsorgungsbetrieb erteilen und würden dafür eine Rechnung erhalten. Der Betrag entspreche ca. 1.000,00 €. Eine Emdener Grundschule habe daraufhin den Förderverein in Anspruch genommen. Der Förderverein habe den Betrag übernommen, damit der Bau- und Entsorgungsbetrieb die Fahrbahnmarkierungen für die Verkehrserziehung neu auftrage. Die Verkehrserziehung sei eine Aufgabe der Schulen. Sie fragt daher, ob tatsächlich die Schulen bzw. die Fördervereine die Kosten übernehmen müssen.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, der Verwaltung sei dieser Bedarf nicht bekannt. Er bittet darum, dass sich die betroffenen Schulen bezüglich einer Klärung direkt an den Fachbereich wenden. Ein Förderverein sei nicht verpflichtet die Kosten zu übernehmen. Die Fördervereine entscheiden eigenständig, welche Maßnahmen der Verein unterstützen wolle.

3. Schwimmbadnutzung für den Nachmittagsunterricht

Frau Lechner erläutert, dass die Stadt Emden für die Nutzung der Friesentherme für den Schwimmunterricht einen Fixbetrag zahle. Insbesondere die Oberschulen seien teilgebundene Ganztagschulen, sodass auch nachmittags Schwimmunterricht stattfinde. Für diesen Unterricht am Nachmittag müssten die Kinder bzw. die Schulen den Eintritt selbst bezahlen. Sie bittet um Erläuterung der Regelung, dass der Nachmittagsunterricht nicht unter den regulären Unterricht falle. Die Friesentherme sei nicht bereit, den Schulen entgegenzukommen.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 7), des Schulausschusses (Nr. 6) und des Sportausschusses (Nr. 6)

Herrn Sprengelmeyer ist die Regelung neu, dass für die Schwimmbadnutzung am Nachmittag die Schulen selbst bezahlen müssen. Die Schulen sollten sich auch in diesem Fall direkt bei der Verwaltung melden.

4. Busverbindungen

Frau Lechner beklagt, dass teilweise die Schulbusse unpünktlich seien oder Haltestellen nicht anfahren, obwohl die Kinder vorher nachgefragt haben. Ebenso seien die Busfahrer teilweise sehr unfreundlich.

Herr Sprengelmeyer habe über diese Tatsache ebenfalls keine Kenntnis. Die Betroffenen sollten sich in allen Einzelfällen melden.

Frau Lechner bemerkt, sie habe sich bezüglich der Schwimmbadnutzung bereits dreimal an die Stadt Emden sowie auch an die Friesentherme gewendet. Es sei somit eine Mitteilung erfolgt.

Herr Sprengelmeyer schlägt vor, in einem gesonderten Termin über die Problematiken zu sprechen. Diese Tatsachen seien ihm bisher nicht bekannt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.